Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 34 | Donnerstag, den 10. Februar 1921 | 49. Jahrgang

Die Vorbereitung der deutschen Gegenvorschläge.

(TU) Halbamtlich wird mitgeteilt: Im Auswärtigen Amt fand gestern unter dem Vorsitz des Reichsaußenministers Dr. Simons eine Sitzung von Sachverständigen statt, um die deutsche Stellungnahme zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz in der Entschädigungsfrage im Einzelnen zu erörtern und die deutschen Gegenvorschläge vorzubereiten. Der Reichsminister des Aeußern gab zunächst einen Ueberblick über die gegenwärtige Lage, soweit sie sich auf das Entschädigungsproblem bezieht. Nach eingehender Besprechung der einzelnen in Frage kommenden Probleme durch die Anwesenden wurde ein engerer Arbeitsausschuß eingesetzt, der seine Beratungen am nächsten Montag aufnehmen wird. Dem Arbeitsausschuß gehören Vertreter des Handels, der Industrie, der Finanz, der Landwirtschaft, der Schiffahrt und der Arbeiterschaft an.

Die Mitglieder des engeren Ausschusses.

Dem Arbeitsausschuß gehören folgende Mitglieder an: Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates Edler von Braun, Geheimrat Wiedfeldt vom Direktorium der Friedrich Krupp A.-G., Direktor Hans Krämer, Generaldirektor Kunow, Walther Rathenau, Hugo Stinnes, Generaldirektor Vögeler, Melchior-Hamburg, Generaldirektor Lübsen-Essen, Direktor Stauß, Reichsbankpräsident von Havenstein, Generalsekretär Silberschmidt als Arbeitervertreter und je ein Vertreter des Reichsministeriums des Aeußeren, der Finanzen und des Reichswirtschaftsministeriums.

Die amtliche deutsche Mitteilung.

Die Pariser Blätter berichten laut „B. Z.", daß die deutsche Regierung dem französischen Geschäftsträger in Berlin Dienstag vormittag das folgende Aide memoire überreichen ließ:

Die deutsche Regierung nimmt unter Hinweis auf die Unterhaltung, die zwischen Seiner Exzellenz dem französischen Botschafter und dem Reichsminister des Aeußern stattgefunden hat, die Einladung, die Seine Exzellenz mir bestätigt hat, an und wird am 1. März bevollmächtigte Vertreter nach London senden. Sie setzt dabei voraus, daß bei den Verhandlungen auch die Vorschläge besprochen werden, deren Unterbreitung auf der Konferenz die deutsche Regierung sich vorbehält. gez. Dr. Simons.

Wie die „Vossische Zeitung" hört, wird sich die deutsche Regierung auf der Londoner Konferenz durch den Reichsminister des Aeußern Dr. Simons und den Reichsfinanzminister Dr. Wirth vertreten lassen. Die Minister werden von einem Stabe politischer, hauptsächlich finanzieller und volkswirtschaftlicher Sachverständiger begleitet werden.

Die angeblichen deutschen Gegenvorschläge.

(TU) Die deutschen Vorschläge, auf die man sich in Paris gefaßt macht, sind nach französischen Blättern folgende: Die jährlichen Zahlungen sollen in bar geleistet werden. Auf die Ausfuhrabgabe von 12% soll verzichtet werden und endlich soll die Gesamthöhe und die Anzahl der Jahreszahlungen verringert werden. Auf diese angeblichen Vorschläge haben die Franzosen schon jetzt folgende Antwort bereit: Die Barzahlungen, wenn sie tatsächlich vorgeschlagen werden sollten, würden kein Hindernis, sondern im Gegenteil eine Vereinfachung für das Uebrige bilden. Nicht die Ausfuhr, sondern der Betrag der aus Deutschland verkauften Waren soll besteuert werden.

Dr. Simons bleibt fest.

(TU) Zu den Ententenoten wird dem „Berl. Lokalanz." von einer hervorragenden Persönlichkeit, die in den letzten Tagen mit dem Minister zu sprechen Gelegenheit hatte, erklärt: Der Außenminister Dr. Simons denkt gar nicht daran, die Pariser Beschlüsse anzunehmen, und er würde sich selbst dann nicht fügen, wenn, was ausgeschlossen ist, im Kabinett eine Mehrheit gegen ihn zustande kommen würde. Er steht mit seinem Kopf und seiner Person dafür ein, daß er von dem Standpunkt, den er in seiner Reichstagsrede eingenommen hat, auch nicht ein Deutelchen aufgibt.

Bayern gibt nach.

(TU) In den Münchener Fraktionssitzungen wurden die Verhandlungen der Koalitionsparteien über die Antwort des bayrischen Kabinetts an die Reichsregierung gestern den ganzen Tag fortgesetzt und führten spät abends zu einer grundsätzlichen Einigung. Der deutschdemokratischen Fraktion gebührt hierbei das Verdienst, manche Schärfen geglättet und einen Ausweg angebahnt zu haben. Die Verhandlungen der Koalitionsparteien werden heute weitergeführt werden, aber im wesentlichen nur noch redaktionellen Charakter haben, um die endgültige Formulierung festzulegen. Dann wird sich der Ministerrat nochmals damit beschäftigen und die Antwort, wenn sie genehmigt wird, nach Berlin weitergeben. Der Tenor des vom Ministerrat gefaßten und von der Regierungskoalition gebilligten Beschlusses ist folgender: Die bayrische Regierung kann von ihrem Standpunkt über die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Behandlung der Pariser Beschlüsse nicht abgehen, wird sich aber in der Entwaffnungsfrage den Anordnungen, welche die Reichsregierung für notwendig hält und verfassungsgemäß verfügen wird, nicht widersetzen. Die Verantwortung muß sie jedoch der Reichsregierung überlassen. Bayern ist gewillt, die schwere Not, die der Friede von Versailles uns auferlegt hat, gemeinsam mit den Ländern und dem Reiche zu tragen.

Eine amtliche Mitteilung besagt: Die Berliner Besprechungen der Staats- und Ministerpräsidenten vom 5. 2. gaben in Bayern Veranlassung zu Beratungen sowohl im Ministerrat, wie im Schoße der Koalitionsparteien. Im Mittelpunkt steht für Bayern naturgemäß die durch die Pariser Note der alliierten Mächte ausgesprochene Forderung der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren, deren Beibehaltung nach wie vor nach der übereinstimmenden Ansicht aller beteiligten Faktoren eine Lebensfrage bildet. Die bayrische Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben die Möglichkeit einer solchen Forderung der alliierten Mächte niemals außer acht gelassen, so oft sie auch ihren Standpunkt in dieser Frage geprüft und bis heute unverändert festgelegt habe. Auch bei der neuerlichen Prüfung aller einschlägigen Gesichtspunkte und bei den bisherigen Besprechungen ergab sich dieser Standpunkt, der ausschließlich durch den staatlichen Wiederaufbau bestimmt wird, auch durch die neue Lage nicht umgestoßen wird, und daß die gleichen Gründe, die von Anfang an ihn notwendig machten, ungeschwächt weiter bestehen. Die Einheit des Reiches stand für alle Beteiligten außer Frage. Ein separatistischer Gedanke ist während der ganzen Verhandlung auf keiner Seite auch nur einen Augenblick zutage getreten. Die endgültige Fassung der an die Reichsregierung zu richtenden Note wird am Donnerstag vormittag erfolgen.

Wenn die Mitglieder des bayrischen Kabinetts und die Koalitionsparteien auch unablässig bemüht sind, in der Frage der Einwohnerwehren einen Ausgleich zu finden, so wird die Entscheidung aber kaum so ausfallen, wie sie sich die Entente denkt. Bei der Durchführung der Entwaffnung sieht Bayern vor Schwierigkeiten, die nicht zu überwinden sind. Man hat zu berücksichtigen, daß bei einer Entwaffnungsaktion über 40 000 einzelne Gemeinden und über 30 000 einzelne Gehöfte in Frage kommen. In diesem Zusammenhang sei auf den Zwischenfall in Spaa hingewiesen. Dr. Simons erinnerte damals Lloyd George an die Verhältnisse in Irland. Er sagte, England sei nicht in der Lage, in Irland die Verhältnisse einzuführen, die es sich wünsche. Aehnlich liegen jetzt die Dinge in Bayern. Daran müsse man bei den Londoner Verhandlungen die Alliierten erinnern.

Ueber die Besetzung, wie Sklavenketten für Kinder und Enkel.

In einer Unterredung mit dem Berliner Berichterstatter der „Daily News" erklärte Prinz Max von Baden, die Staatsmänner der Alliierten wüßten wohl, daß die Forderungen, die in Paris aufgestellt wurden, unannehmbar seien. Unmögliche Bedingungen würden Deutschland auferlegt, damit die angedrohten Sanktionen zur Durchführung gebracht werden könnten. Diese Sanktionen sollten das Ziel Frankreichs, den Verfall Deutschlands, verwirklichen. Durch die Ausführung der Sanktionen solle der Ruin Deutschlands vervollständigt werden. Prinz Max sagte, die Regierung Fehrenbach—Simons wird nicht unterschreiben. Wir sind eher bereit, uns in die Katastrophe, die der Einmarsch französischer Truppen und die Besetzung des Ruhrgebietes bedeuten, zu schicken, als mit eigener Hand unseren Kindern und Enkeln Ketten anzulegen, die uns jetzt fesselten.

Gestern versammelte sich der Hauptausschuß des hessischen Landtages, worin alle Parteien vertreten sind, und nahm bei Anwesenheit der Regierung und des Landtagspräsidiums Stellung zu den Pariser Beschlüssen. Er erklärte, daß an der ausgesprochenen Ablehnung der unannehmbaren Pariser Bedingungen unter allen Umständen festgehalten werden müsse. Der Ausschuß sprach das Vertrauen aus, daß die Regierung Mittel und Wege finden werde, bei den Verhandlungen in London Bedingungen zu erzielen, die für uns erfüllbar sind und auf dem Grundsatze der ausgleichenden Gerechtigkeit beruhen und die Selbständigkeit und Würde unseres Landes nicht antasten.

Justizminister Heinze über die Haltung der Regierung.

(TU) In einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei in Stettin äußerte sich Reichsjustizminister Heinze über die Haltung der Regierung. Er sagte, daß es dem Reichsminister des Aeußern Dr. Simons gelungen sei, im neutralen Auslande und auch in Amerika wertgehendes Vertrauen zu erwerben. Wenn ein solcher Mann erklärt: Hier ist eine Grenze, weiter können wir nicht! so kann das seinen Eindruck nicht verfehlen. Heinze erklärte, er sei überzeugt, daß es auf dem eingeschlagenen Wege gelingen wird, die unerhörten Forderungen der Entente abzuwehren. Jedenfalls, so schloß er seine Rede, werden wir diese Forderungen nie annehmen, und auch nur nach London gehen, wenn wir Garantien haben, daß dort wörtlich verhandelt wird.

Ein tschechisches Urteil.

Die in Prag erscheinende Tribuna hat sich mit den Beschlüssen der Pariser Konferenz in einem Artikel beschäftigt, aus dem wir folgende Stellen übersetzen:

In Westeuropa bereitet sich eine schwere Krise vor. Ganz Deutschland ist wieder auf den Beinen, wie in den Tagen, als es den Friedensvertrag unterschreiben sollte und ruft wieder: Niemals! Und Frankreich droht genau so wie damals ... Die Folgen des deutsch-französischen Strafzinanzstreits berühren ganz Europa. Wir stehen wiederum vor der Aussicht, daß Deutschland dem Verband mit einem Nein antwortet, und damit eröffnet sich eine Unsicherheit für die Zukunft. Dann werden vielleicht Frankreichs Drohungen zur Wirklichkeit, und Frankreich verschiebt Foch mit seinen Soldaten bis in die westlichen Industriegebiete Deutschlands, besetzt deutsche Städte, und die Deutschen werden ihr Land ohne Gegenwehr besetzen lassen. Wie aber weiter? Wie lange soll dann dieser Zustand dauern? Was tut dann Foch mit seinen Soldaten in den besetzten Gebieten? Frankreich wird gezwungen sein, ein großes Heer zu unterhalten, und das kostet Geld, das es doch selbst bekommen will, der deutsche Wirtschaftsorganismus wird unterbunden, die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands rückt wieder in die Ferne und damit die Hoffnung, daß Deutschland fähig wird, solche außergewöhnlichen Summen zu bezahlen. Durch diese chaotischen Zustände entfernen wir uns wiederum von der möglichen Erneuerung der Wirtschaft ganz Europas, die verlangt, daß alle ihre Glieder frei sich regen. Das Glück Europas hängt unmittelbar davon ab, ob man sich in Zukunft an Grundsätze hält, die die Vernunft verlangt, ob man alle Fragen mit verständiger Ueberlegung lösen will. Ein eigensinniges Verfolgen von Wahnvorstellungen führt zur Vernichtung. Die Frage der deutschen Kriegsentschädigung wurde bisher einer ernsten Kritik nicht unterworfen. Wir wissen, wie diese Frage entstanden ist: Während des Krieges stärkte Frankreich mit dieser Idee den ermüdenden kleinen Mann, und der geschickte Lloyd George erkämpfte mit ihr einen großen Wahlsieg. In diesen beiden Fällen hatte diese Idee einen Agitationszweck und -Inhalt, und bis heute hat sie die Spuren ihres Entstehens nicht abgestreift. Für Frankreich handelt es sich darum, mit Hilfe des deutschen Geldes zu gesunden. Wir wissen, mit welchen finanziellen Schwierigkeiten jeder Staat bei sich allein kämpfen muß: besteht eine Hoffnung, daß in einer Zeit, in der sich ein jeder Staat mit Anspannung über Wasser hält, ein andrer Staat sich findet, der seinen Nachbar ausreichend heilen wollte, besonders, wenn ein besiegter, in seinem Innern zerrissener und verarmter Staat in Frage kommt? Wurde diese Idee der Wiederherstellung bisher von vernünftigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus behandelt, oder haben bisher nur Politiker entschieden? Lloyd George befindet sich Briand gegenüber in einer sehr schwierigen Lage. Er kann selbst viel ruhiger über die Frage der Kriegsentschädigung nachdenken, denn der Staatshaushalt seines Landes wurde nicht mit Rücksicht auf das Geld zusammengestellt, das von Deutschland kommen soll. Es ist notwendig, zu sagen, daß Frankreich von Deutschland sehr viel erwartet, und daß noch einige Ministerien gestürzt werden könnten, die nicht die Ergebnisse erzielen würden, die erwartet werden. Welche Auffassung mit Herrn Briand siegte, läßt sich nicht leicht sagen. Es hat den Anschein, daß es der Standpunkt war: verlange womöglich viel — denn schließlich sagte Briand, Frankreich würde von seiner Forderung nachlassen, wenn Deutschlands Zahlungsunfähigkeit durch Sachverständige festgestellt werden sollte. Die Politik Frankreichs gefiel sich stets in einem feierlichen Pathos, und deshalb wünscht Briand, Frankreichs Entgegenkommen möge von der ganzen Welt feierlich anerkannt werden, denn die ganze Welt soll sehen, daß Frankreich ein großes Opfer brachte und welch ein großes Opfer.

Ein wahnsinniger Versuch, das Unmögliche zu vollbringen.

Ein englischer Kaufmann in Hamburg hat von einer sehr wichtigen finanziellen Persönlichkeit der Londoner City einen Brief erhalten, in dem es u. a. heißt: „Sie fragen mich nach der hiesigen Auffassung in der Reparationsfrage. Auf die Ansicht der Mehrheit, die sich lediglich durch die Aeußerungen und Berichte der Presse beeinflussen läßt, kommt es nicht an. Maßgebend ist allein die kleine Minderheit führender Köpfe, von denen die Dinge in Wirklichkeit abhängen. Diese Leute meinen, daß Frankreich tatsächlich nicht allzuweit von einem finanziellen Zusammenbruch entfernt ist, und daß aus diesem Grunde die französische Regierung, die Presse und das Volk Frankreichs in der Frage der deutschen Reparationen in kommerzieller Hinsicht als geistig nicht normal angesehen werden können. Die Ansicht derjenigen Leute der City, die Verstand besitzen, geht dahin, daß wir niemals einen Betrag erhalten, der sich irgendwie der jetzt von Deutschland geforderten Summe nähern wird. Deutschland kann nur in Waren zahlen, wenn es die Waren in großen Mengen auf Frankreich und England ausgießt. Die Pariser Vorschläge sind ein wahnsinniger Versuch, das Unmögliche zu vollbringen."

Die Unterhaltungskosten der Fremden.

Das „B. T." gibt einen Ueberblick über die hohen Kosten, die Deutschland aus der Unterhaltungspflicht der Ententekommission erwachsen. Etwa 2500 Mitglieder der Ententekommissionen leben gegenwärtig in Deutschland auf Reichskosten, davon allein in Berlin 375 Offiziere, 110 Beamte und 133 Mannschaften. Die Unterhaltungskosten verteilen sich auf Quartiergelder, Verpflegungsgelder und Gehälter. Die monatlichen Verpflegungsgelder betragen nach Anordnung des Generals Nollet für den Präsidenten der Ueberwachungskommission 28 500, für Generale 21 000, für Obersten und Oberstleutnants 15 000, Majore 13 000, Subalternoffiziere 12 750, Unteroffiziere 5575 und Mannschaften 3500. Zu diesen Verpflegungsgeldern kommen die Kosten für die Quaratiere, die bei einzelnen Generalen monatlich 12 000 Mark betragen. Danach bezieht also ein Ententehauptmann mehr als der deutsche Reichskanzler.

Die Spannung zwischen England und Amerika.

Der amerikanische Korrespondent des „New York Herald" in London wurde von einer hohen offiziellen Stelle in England ermächtigt, zu erklären, daß zwischen England und Amerika eine Spannung bestehe, daß die beiden Völker getrennte Wege gehen und sie ihre gegenseitige politische und wirtschaftliche Lage besser verstehen lernen müßten. Diese Erklärung rief in der gesamten amerikanischen Presse außerordentliches Aufsehen hervor. Man erklärt in England, daß die Gefühle des amerikanischen Volkes für England und Frankreich wenig günstig seien und daß gegenwärtig keineswegs der Zeitpunkt sei, zu den Amerikanern von einer Annullierung der in den Vereinigten Staaten aufgenommenen Anleihen zu sprechen. Staatssekretär Colby wurde von amerikanischen Zeitungsvertretern gefragt, ob es wirklich wahr sei, daß die englisch-amerikanischen Beziehungen gespannter seien, als es den Anschein habe. Seine Antwort lautete nur: „Die Meldung ist verfrüht; ich kann sie kaum billigen." Andere Mitteilungen weigerte sich Colby zu machen. Er gab auch darauf keine Antwort, ob die Erklärung der hohen offiziellen Stelle in London besagen wolle, daß beide Länder Wege gehen, die zum Kriege führten. In den anderen amerikanischen Staatsämtern wurden keine Informationen über diesen Gegenstand erteilt. Man interessierte sich nur dafür, wer für diese Londoner Erklärung verantwortlich sei.

Daß die englische Regierung nicht sonderlich erfreut über die Klänge ist, die aus Amerika herübertönen, ist klar. Noch verständlicher wird die Aeußerung des Londoner Führers, wenn man die Absichten in Betracht zieht, die Harding zugeschoben werden. Danach soll der neue Präsident eine

Botschaft an den Kongreß für die Annahme der Resolution Knox

vorbereiten. Aus St. Augustin wird gemeldet: Die erste Botschaft des Präsidenten Harding an den Kongreß wird die Forderung enthalten, die Resolution des Senators Knox anzunehmen, das das Verlangen der Beendigung des Kriegszustandes zwischen den Vereinigten Staaten, Oesterreich und Deutschland enthält. Sobald diese Resolution angenommen sei, will Harding Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Deutschland einleiten, in dem auch gewisse Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages aufgenommen werden sollen. Dieser Handelsvertrag wird die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten so regeln können, daß der Abschluß eines Sonderfriedens nicht nötig sein wird. Harding ist überzeugt, daß die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen den Vereinigten Staaten und Deutschland einen bedeutenden Fortschritt im Wiederaufbau der Welt bedeuten werde.

Brutalitäten belgischer Offiziere.

Ueber einen unglaublichen Akt roher Vergewaltigung, der durch deutsche Polizei und Zeugen einwandfrei bestätigt wird, wird aus Eschweiler berichtet. Danach haben der belgische Polizeiinspektor Legeune und ein Dolmetscher Emonds sich in unglaublicher Weise an dem Hilfsweichensteller Nikolaus Müller vergangen. Durch die Denunziation eines Polen war Müller bei dem belgischen Polizeiinspektor in den Verdacht gekommen, Waffen versteckt zu haben. Am 14. Januar wurde Müller in der Wohnung seines Schwiegervaters von den zwei genannten belgischen Offizieren unter brutaler Gewalttätigkeit (Tritte gegen den Unterleib und Schläge ins Gesicht) verhaftet. Auf die Hilferufe des Unglücklichen eilte ein deutscher Polizeiwachtmeister herbei und verlangte von den Offizieren die Legitimation. Diese wiesen sich aus, so daß die deutsche Polizei machtlos war. Der Verhaftete wurde sodann in das Büro des belgischen Polizeiinspektors gebracht, um dort zu einem Geständnis gezwungen zu werden. Obwohl der Verhaftete inständig seine Unschuld betonte, eine Leibesvisitation nur ein Taschenmesser und eine eingehende Haussuchung nicht eine Waffe zu Tage gefördert hatte, gingen die geradezu bestialischen Mißhandlungen weiter. Am nächsten Tage wurde Müller, der durch die fortwährenden Mißhandlungen kaum mehr bei Besinnung war und ständig bat, erschossen zu werden, damit die Drangsale ein Ende hätten, in eine Gefängniszelle eingesperrt. Tags darauf erhielt der Gefangene auf sein inständiges Bitten zum ersten Male zu essen. Am selben Tage noch brachte man den Gefangenen nach Aachen, wo er von zwei belgischen Offizieren nochmals verhört und, da sich seine Unschuld herausstellte, entlassen wurde. Nach seiner Entlassung mußte sich Müller in ärztliche Behandlung begeben.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 10. Febr. **(Verschiedenes.)** Die Klägerin stellte am 4. Januar 1919 einen Scheck über 43,30 Mark zu Gunsten einer Berliner Firma aus und übergab ihn einer Angestellten dieser Firma zur Begleichung der ihr vorgelegten quittierten Rechnung. Der auf eine Berliner Großbank gezogene Scheck wurde noch am selben Tage bei dieser gefälscht vorgelegt. Er lautete auf 9500 Mark, zahlbar an die Chemisch-Technische Industrie Berlin-Schöneberg oder Ueberbringer. Die Bank erkannte die Fälschung nicht und zahlte den Scheck an den Ueberbringer aus. Darauf ist Streit zwischen der Ausstellerin des Schecks und der beklagten Bank über die Haftung für den Schaden entstanden. Die Beklagte beruft sich auf Ziffer 5 ihrer Scheckbedingungen, die lauten: „Alle Folgen und Nachteile des Zuwiderhandelns gegen vorstehende Bestimmungen, des Verlustes oder sonstigen Abhandenkommens, sowie der mißbräuchlichen Verwendung von Scheckvordrucken und Empfangsbescheinigungen trägt der Kontoinhaber." Die Klägerin verlangt in der gegen die Bank erhobenen Klage Feststellung, daß sie für den Schaden durch die Einlösung des gefälschten Schecks nicht verantwortlich sei, sondern die Bank selbst. Landgericht und Kammergericht Berlin sowohl wie das Reichsgericht sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Bank für den Schaden aufzukommen hat.

(Der Wert der Mark.) Es waren zu zahlen:

für:		am 8. Februar	am 2. Februar	am 1. Februar
Holland	100 Fl.	2120 Mk.	2168 Mk.	2250 Mk.
Schweden	100 Kr.	1365 „	1395 „	1465 „
Schweiz	100 Fr.	1000 „	1012 „	1072 „
Frankreich	100 Fr.	436 „	447 „	453 „
England	1 Pfd. St.	239 „	244 „	245 „
Amerika	1 Dollar	61.90 „	63,50 „	67 „

(Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mk., in Schweden 112 Mk., in der Schweiz und Frankreich 80 Mk. für je 100, in England 20,43 und in Amerika 4,20 für je 1 der betr. Landeswährung. — Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar 1920 erreicht, an welchem Tage in Holland 4200, in Schweden 2000, in der Schweiz 1800 Mark für je 100 Gulden bezw. Kronen oder Franken, in England 350,65 für 1 Pfd. St. und in Amerika 103,65 für 1 Dollar bezahlt werden mußten. Am höchsten stand die Mark nach langem Tiefstand am 26. Mai 1920 in Holland 1200, Schweden 720, und Schweiz 625.)

(Abstimmungsberechtigte Oberschlesier!) Nach den Bestimmungen muß jeder Stimmberechtigte Nachricht erhalten, daß 1. sein Antrag abgelehnt ist (Grund muß angegeben werden.), 2. daß sein Antrag an das interalliierte Bureau weiter geleitet ist, 3. daß er in die Stimmliste eingetragen ist. Wer bis zum 9. Februar keine Antwort erhalten hat, wird gut tun, sofort Einspruch zu erheben. Wir bitten alle jene, welche keine Nachricht oder jene erhalten haben, daß sie nicht eingetragen sind, sofort beim Ortsgruppenleiter oder in der Bezirksgruppe Hamm, Altes Rathaus Zimmer 8, Eingang von der kl. Weststraße ihren Einspruch einzulegen.

(Das notleidende Kind.) Wer hätte es für möglich gehalten, daß deutsche Volksgenossen so tief sinken würden, daß sie Lebensmittel, die ausschließlich für unterernährte Kinder bestimmt sind, bei dem Transport von Hamburg nach den verschiedenen Ortslagerhäusern aus den Waggons rauben würden. Und doch ist das leider Tatsache geworden. Die amerikanische Hilfsmission in Essen, zu deren Bezirk auch Kamen bezw. der Landkreis Hamm gehört, schreibt darüber wie folgt: Wir glauben, daß, wenn erst einmal weiten Kreisen bekannt würde, wieviel von den Lebensmitteln, die für die notleidenden Kinder bestimmt sind, in letzter Zeit gestohlen worden sind, die öffentliche Meinung sich geschlossen gegen diese Diebstähle wenden und ihre besonders scharfe Verurteilung verlangen würde. Man sollte denken, daß selbst diejenigen, die an Stehlen gewöhnt sind, zaudern würden, sich an Liebesgaben zu vergreifen, die den schwächsten und elendesten Kindern zugedacht sind. Jeder, der in unserer Arbeit steht, weiß, daß sehr viele Diebstähle in den letzten Monaten vorgekommen sind. Innerhalb der Zeit vom 28. September bis 31. Dezember 1920 sind allein in unserem Bezirk (Essen-Ruhr) gestohlen worden: 343 Kg. Schmalz, 146 Kg. Kakao, 891 Kg. Zucker, 7226 Dosen = 2819,4 Kg. kond. Milch, 372 Dosen = 167,4 Kg. andere Milch, 326,5 Kg. Reis, 795,5 Kg. Mehl, 63,5 Kg. Erbsen und 758 Kg. Bohnen, im ganzen 6381,3 Kg. Lebensmittel im Werte von 169 289,73 Mk. Wir hoffen, daß die deutschen Zeitungen es sich angelegen sein lassen werden, die öffentliche Meinung gegen diesen Raub am Gute der deutschen Kinder aufzurufen, sodaß derartige betrübende Diebstähle in Zukunft unterbleiben. Für solche Banditen wäre die schwerste Strafe nicht schlimm genug.

(Zu den Wahlen.) Zehn Tage trennen uns noch von dem Großwahltag, den 20. Februar, an dem die Volksgenossen ihre Stimme abgeben sollen für die Kandidaten des Preußischen Landtages, des Provinziallandtages und des Kreistages. Festzustellen ist eine gewisse Wahlfaulheit, und diese ist zu bedauern. Auch die Parteien sind hier bisher mit Versammlungen nicht an ihre Wählerschaft herangetreten. Die nächsten Tage aber bringen solche. So ladet die Deutsche demokratische Partei zu einer Mitgliederversammlung am Freitag abend bei Zimmermann, Markt, ein. Herr Bürgermeister Dr.-Wiesner, der Spitzenkandidat zum Kreistag, wird hier reden. — Die sozialdemokratische Partei Kamen veranstaltet am Samstag abend bei Nagel, Westentor, eine öffentliche Volksversammlung, in der der bekannte Bergarbeiterführer Otto Hue spricht. — Die Deutsche Volkspartei veranstaltet am Samstag abend bei Bergheim eine Mitgliederversammlung, in der Herr Dr. Grundmann-Hagen über Mittelstandsfragen redet. Näheres ist aus den Anzeigen ersichtlich.

(Einreichung der Gehalts- und Lohnlisten.) Arbeitgeber sind nach § 40 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichs-Gesetzblatt S. 359) und der hierzu ergangenen Verordnung vom 29. Dezember 1920 verpflichtet, die Gehalts- und Lohnlisten in der Zeit vom 10. Februar bis 5. März 1921 dem Finanzamt in Hamm, Brückenstraße 3, einzusenden. Die hierzu erforderlichen Formulare sind bei dem Finanzamt und den Ortsbehörden kostenlos zu haben.

(Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.) Das Reichsarbeitsministerium hat laut „Konfektionär" beschlossen, die Arbeitslosen- oder Erwerbslosenunterstützung von 10 auf 12 Mk. täglich zu erhöhen, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. November vorigen Jahres ab.

Reichskommissar Mehlich teilt mit, daß in den **Preisen der Lebensmittelzulagen für die Bergarbeiter** folgende Aenderungen eingetreten sind: Der Preis für Speck ermäßigt sich von Montag, den 7. Februar, um 3 Mark. Die bereits gemeldete Ermäßigung des Schmalzpreises auf 10 Mk. tritt ab Montag, den 10. Januar, in Kraft. Die Wurstpreise bleiben dieselben.

Pelkum, 10. Febr. **Auf der Deckstation** sind drei erstklassige Hengste vom Warendorfer Gestüt angekommen: 1. Edelzucht „Herzog" von Herrscher; 2. Belgier „Marmor" von Marci; 3. Belgier „Monolog" von Morgenstern.

** **Dortmund**, 9. Febr. **In der Stadtverordnetensitzung** wurde auf Vorschlag des Vorstehers eine Entschließung von Magistrat und Stadtverordneten angenommen gegen die Stimmen der Unabhängigen, in der Dortmund, die größte und wirtschaftlich bedeutendste Stadt Westfalens, Einspruch gegen die maßlosen Forderungen der Pariser Konferenz eingelegt. Bei Bewilligung der 2. Baurate für den Hauptfriedhof im Betrage von 2 205 000 Mk. wurde mitgeteilt, daß eine Verbrennungsanlage vorgesehen, in dieser Rate aber noch nicht enthalten sei. Bei Besprechung der Magistratsvorlage über Bewilligung eines Darlehns für die Schaffung von 1018 Wohnungen wurden einige Klagen über das Wohnungsamt angeführt. Es werde nicht genügend rationiert, bei Verteilung der Wohnungen werde nicht gerecht vorgegangen. Es sollen auch Bestechungen vorgekommen sein und der Fremdenverkehr sei hier so groß, hauptsächlich an ostgalizischen Elementen und solchen, die die Arbeiter ausbeuten. Außerdem würden Millionen für neue Straßen, an denen Siedlungsbauten errichtet werden sollen, ausgeworfen, während in der Stadt fertige Straßen vorhanden seien. Vom Magistrat wurde bemerkt, man möge doch bei der Rationierung auf die Beamten Rücksicht nehmen. Gegen den Fremdenzuzug könne man nichts machen. Die Wohnungsnot könne erst dann behoben werden, wenn die private Bautätigkeit wieder einsetze. Es solle in nächster Zeit eine Vorlage eingebracht werden, um Mittel hierfür zu erlangen. Man denke an die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer und Einführung der Wohnungsluxussteuer. Vor dem Kriege betrug die Zahl der Eheschließenden 2150, im Kriege 12—1300, im Vorjahre mehr als 4000. Weiter wurden 25 000 Mark zur Grenzspende für Oberschlesien bewilligt. Mit der Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 7 575 000 Mark zum Erwerb von 5050 neuen Aktien des Westfälischen Verbandselektrizitätswerks, A.-G., erklärten sich die Stadtverordneten einverstanden. Die Anleihe soll mit höchstens 5 v. H. verzinst und mit jährlich 1½ v. H. zuzüglich der ersparten Zinsen getilgt werden. Für den Bau einer Schweineverkaufshalle auf dem Magerviehhof in Dortmund sind am 26. Januar v. Js. 850 000 Mk. bewilligt worden. Um jeden andern Wettbewerb auszuschalten zu können, beantragte der Magistrat eine abermalige Bewilligung von 1 070 000 Mark, womit sich die Stadtverordneten einverstanden erklärten. Da die Stadt eine besonders große Beschickung der Frühjahrsmärkte Anfang März erwartet, sollen die Arbeiten beschleunigt werden. Bei Besprechung des Haushaltsplanes der Handwerker- und Kunstgewerbeschule wurde bemängelt, daß die Lehrer dieser Anstalt Privatarbeiten zum Schaden des Handwerks ausüben. Von seiten des Magistrats wurde erklärt, daß wie bei allen derartigen Anstalten auch hier den Lehrern gestattet sei, Privatarbeit zu übernehmen. Der Antrag auf Umbau der elektrischen Beleuchtungsanlage im Theater von Gleichstrom auf Drehstrom unter Aufwendung von 74 000 Mk. wurde vertagt, um vorher Erkundigungen über die Zweckmäßigkeit dieser Aenderung einzuziehen. Der unabhängige Stadtverordnete Richter erklärte aus diesem Anlaß, seine Partei werde für das Stadttheater nichts bewilligen, da es hauptsächlich von Schiebern und Kriegsgewinnlern besucht werde. Er hoffe auf eine andere Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung im nächsten Jahre. Dann würde alles bewilligt und das Theater den breiteren Massen mehr zugänglich gemacht.

ℰ **Dortmund**, 10. Febr. **Das 2. diesjährige Schwurgericht** begann Dienstag mit der Verhandlung gegen den Bergmann Karl Brune aus Unna wegen gefährlicher Körperverletzung mit nachfolgendem Tode. Die Anklage gab dem Brune schuld, am 10. Mai v. Js. in Unna den Bahnwärter Hake so mißhandelt zu haben, daß der Tod Hakes infolgedessen eingetreten ist. Der Angeklagte erwiderte auf die Anklage, daß er nichts Strafbares begangen habe. Hake sei am Nachmittag des 10. Mai mit einer Kuh auf dem an seinem Hause und seinen (des Angeklagten) Grundstücken vorbeiführenden Separationswege daher gekommen, habe ihn beschimpft und ihm zum Aerger die Kuh an seinem Grundstück weiden lassen. Deswegen zur Rede gestellt, habe der betrunkene Hake geantwortet, daß Brune nichts zu sagen habe. Im Streite habe Angeklagter die Hand zur Abwehr erhoben und dem Hake einen Schlag ins Gesicht versetzt und nachher noch einen zweiten Faustschlag folgen lassen, nach dem Hake hingefallen und liegen geblieben sei. Er, B., habe sich nicht weiter um Hake bekümmert, weil er angenommen, dieser bleibe aus Trunkenheit liegen. Später sei Hake von Verwandten und Bekannten bewußtlos aufgehoben und nach Hause gebracht worden. Einer von Hakes Söhnen habe den Angeklagten zur Rede gestellt, warum er seinen Vater nicht habe gehen lassen, da er doch betrunken gewesen sei. Die Beweisaufnahme drehte sich im wesentlichen darum, ob Hake betrunken gewesen sei und mit Brune Streit angefangen habe, und ferner, ob Brune in Abwehr gehandelt oder dem Hake von hinten kommend Schläge versetzt habe. Eine Klarheit konnte nicht geschaffen werden. Hake, der früher stark getrunken hat, aber während des Krieges enthaltsam gewesen ist, hat am 10. Mai 1920 früh und nachmittags Alkohol zu sich genommen, soll aber nicht betrunken gewesen sein. Brune wurde als ein fleißiger, nüchterner und sparsamer Mann geschildert. Infolge des Schlages hinters Ohr ist bei Hake ein Bluterguß erfolgt, der eine Lähmung der Körperteile mit Ausnahme des Kopfes verursachte. Die Lähmung hatte eine Lungenentzündung und diese den Tod Hakes zur Folge. Hake war auf ärztliche Anordnung sofort ins Krankenhaus gebracht worden, aber nicht mehr zu retten gewesen. Die Möglichkeit war nicht ausgeschlossen, daß Hake infolge des Faustschlages zu Boden stürzte und beim Sturz auf einen Stein gefallen ist, wodurch der Bluterguß erfolgte. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten von der Anklage der gefährlichen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode nichtschuldig und bejahten nur die Frage nach einfacher Körperverletzung. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 2 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 26 Tagen Untersuchungshaft. Hinsichtlich der Reststrafe wurde Strafaussetzung beschlossen.

(s) **Schwerte**, 8. Febr. **Ein frecher Diebstahl** ist in der Nacht zum Sonntag in der Wirtschaft Walter verübt worden. Die Spitzbuben haben ein Fenster des nach der Bismarckstraße belegenen Gesellschaftszimmers eingedrückt und sind auf diesem Wege in die Wohnung gelangt. Gestohlen wurden eine Geige und verschiedene Kleidungsstücke im Werte von etwa 8000 Mk. Von den Spitzbuben fehlt leider noch jede Spur.

Iserlohn, 9. Febr. **(Kirchenwahl-Ergebnis.)** Die Wahlbeteiligung war stark: 60 v. H. Das bisherige Ergebnis von rund 3600 Stimmen für die Liste der Positiven und rund 1400 Stimmen für die Liste des Bundes für die freie evangelische Volkskirche wird sich nicht wesentlich verändern.

* **Witten**, 9. Febr. **(Vergiftung.)** An der Ecke Stein- und Wiesenstraße fanden Kinder vor einem Geschäftshause in der Straßenrinne eine kleine Menge Haferflocken und aßen davon. Bei allen Kindern stellten sich kurz darauf schwere Vergiftungserscheinungen ein, ein Kind ist bereits gestorben. Wie die Kinder angeben, haben die Haferflocken einen süßlichen Geschmack gehabt, man nimmt an, daß sie zur Vertilgung von Ungeziefer dienen sollten und zu dem Zweck mit Arsenik präpariert gewesen sind.

! **Gevelsberg**, 9. Febr. **Ein verwegener Einbruch** wurde bei dem Kaufmann Lange in der Mittelstraße ausgeführt. Von der Hofseite aus wurde von den Einbrechern das schwere Fenstergitter mit Gewalt aus dem Mauerwerk herausgebrochen. Von hier aus drangen sie dann in das Ladenlokal und entwendeten eine Menge Seide, Hemden und Wollstoffe. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt etwa 50—60 000 Mk. Von den Tätern fehlt bisher noch jede Spur.

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

47. Fortsetzung.

In diesem Augenblick kam Lotte in großen Sprüngen die Treppe herabgestürmt. Sie blieb vor Ralf stehen.

„Guten Morgen, Herr Jansen. War das nicht meine Schwester, die eben davonfuhr?"

Ralf wandte sich ihr lächelnd zu.

„Ja, Fräulein Lotte."

„Wo fährt sie denn hin?"

„Nach Berndorf zu meiner Mutter."

„Ach — so allein?"

„Ja, sie möchte etwas mit meiner Mutter besprechen."

„Da hätte sie mich aber auch mitnehmen können."

„Vielleicht hat sie nicht daran gedacht."

„Jedenfalls ist es schade, daß ich nicht mit ihr fahren konnte."

„Wollen Sie nicht mir ein wenig Gesellschaft leisten? Ihre Frau Mutter ist jetzt noch nicht zu sprechen."

„Natürlich gern. Soll ich Ihnen eine Erfrischung bringen lassen?"

„Nein, ich danke."

Forschend sah sie ihn von der Seite an.

„Sie machen heute so ein sonderbares Gesicht, Herr Jansen."

Er atmete erregt.

„Was denn für eins?"

„Ich weiß nicht — so, als ob Sie Geburtstag hätten. Stimmt dies?"

„Nein. Aber es kann schon sein, daß ich nun erwartungsvolles Gesicht mache. Mir ist ungefähr zu Mute, wie einem Kinde vor Weihnacht. Ich habe einen großen, großen Wunsch und weiß nicht, ob er in Erfüllung gehen wird. Können Sie beten, Fräulein Lotte?"

Sie sah ihn kopfschüttelnd an.

„So eine Frage! Natürlich kann ich beten."

Er seufzte tief auf.

„Ach bitte, dann beten Sie für mich, so recht eindringlich. Ich kann es vor Aufregung nicht tun."

„Wofür soll ich denn für Sie beten?"

„Daß mein großer Wunsch in Erfüllung geht."

Lotte sah ihn wieder forschend an.

„Ich will es tun, aus tiefstem Herzen. Sie müssen mir aber dann sagen, ob es geholfen hat, und ob Ihr Wunsch in Erfüllung ging."

Er drückte ihre Hand so fest, daß sie eine kleine Grimasse schnitt. Da erschrak er und streichelte die Hand und blies darüber hin, wie man einem Kinde tut, dem man weh getan hat.

„Ich bin ein Barbar, Fräulein Lotte, schelten Sie mich aus, daß ich Ihnen wehe getan habe."

Sie schüttelte lachend den Kopf.

„So zimperlich bin ich doch nicht, daß ich einen herzhaften Händedruck nicht vertragen kann."

Jetzt kam Frau von Schönau die Treppe herab und begrüßte Ralf liebenswürdig.

„Haben Sie schon gehört, Herr Jansen, meine Töchter haben eine Wohnung für uns gefunden?"

„Ja, gnädige Frau, Komteß Dagmar sprach davon."

Frau Ellen erzählte ihm nun, daß Dagmar nach einer Stellung geschrieben habe und sah ihn seufzend an.

„Das Herz wird mir schwer, wenn ich daran denke, daß nun die Trennung für uns kommt."

Ralf sah auf den Knauf seiner Reitpeitsche herab.

„Ich will noch gar nicht an eine solche Möglichkeit denken, gnädige Frau. Es eilt wirklich noch nicht. Sie sind doch in Schönau gut aufgehoben.

Aber nun muß ich nach den Ställen hinüber. Ja, empfehle mich Ihnen, meine Damen. Auf Wiedersehn!"

Damit eilte Ralf davon. Die Unruhe beseelte ihn.

Lotte sah ihm sinnend nach.

„Was hat er nur?"

Als Ralf nach den Ställen hinüberging, dachte er erregt: „Mutterle, du wirst doch jetzt dein Büble nicht im Stiche lassen? Du wirst ihr doch sagen, daß sie tun soll, was mich glücklich macht?"

Zwecklos lief er durch die Ställe, ohne etwas zu sehen.

Ralf sah jeden Augenblick nach der Uhr und konnte nicht begreifen, daß eine Stunde so lang sein konnte. Aber getreulich hielt er diese Stunde in Schönau aus. Sobald sie jedoch verstrichen war, bestieg er sein Pferd und jagte mit verhängten Zügeln davon.

Und der Weg nach Berndorf war ihm noch nie so lang erschienen wie heute.

* * *

Frau Jansen hatte Dagmar mit herzlicher Freude empfangen.

„Wie lieb, daß Sie mich besuchen, Komteßchen! Aber mein Sohn wird betrübt sein, daß er Sie nicht in Schönau trifft. Er ist hinübergeritten", sagte sie, Dagmars Hände zärtlich streichelnd.

Sie hatte die Komtesse in ihrem eigenen schlichten Zimmer mit den lieben, alten Möbeln empfangen. Lotte und Dagmar hatten dies Zimmer schon bei ihrem letzten Besuch in Berndorf kennen gelernt und hatten dabei vernommen, daß diese Möbel von Ralfs Vater gearbeitet worden waren. Frau von Schönau war aber nicht mit in dies Zimmer geführt worden. Instinktiv fühlte Frau Jansen, daß diese kein Verständnis für solche Pietät hatte.

„Ich habe Ihren Herrn Sohn schon in Schönau begrüßt, liebe, verehrte Frau Jansen", sagte Dagmar.

„Das ist gut. Nun kommen Sie, setzen Sie sich zu mir in mein stilles Stübchen. Hier halte ich mich meist auf. Mein Sohn hat mir ja meine lieben, alten Möbel hierher bringen lassen. Er ist ein so guter Sohn."

„Ja — ein guter Sohn — und ein guter, herrlicher Mensch", sagte Dagmar tief bewegt.

Die alte Dame sah froh überrascht in das Gesicht der Komtesse.

„Ach — das hat lieb und herzlich geklungen, Komteßchen. Ich freue mich, daß Sie so von meinem Sohne sprechen. Er verdient es, glauben Sie mir."

Dagmar hatte in einem der schlichten Sessel Platz genommen. Ihre vornehme, aristokratische Erscheinung wirkte seltsam fremd in dem schlichten Raume, und doch gab sie in diesem einfachen Rahmen ein umso schöneres Bild. Frau Jansen saß in ihrem Lehnstuhl am Fenster und sah mit innigem Wohlgefallen auf die liebreizende Erscheinung des Mädchens, dem das ganze Herz ihres Sohnes gehörte.

Dagmar erhob sich nun und trat an den Erker heran. Da hing, Frau Jansens Platz gegenüber, ein Knabenbildnis von Ralf. Sinnend sah Dagmar auf dies Bild. Dann wandte sie sich Frau Jansen zu.

„Lassen Sie mich ein Veilchen hier zu Ihren Füßen sitzen — unter diesem Bild Ihres Sohnes. Das ist ein friedliches Plätzchen, so recht geeignet, um eine Beichte abzulegen — und um einen guten Rat zu bitten. Beides führt mich zu Ihnen."

Damit setzte sich die Komtesse auf den Erkertritt, wo Ralf so oft zu sitzen pflegte.

Frau Jansen stutzte ein wenig. Dann legte sie ihre Hand sanft auf die Schulter der jungen Dame.

„Hier zu meinen Füßen sitzt oft mein Sohn, wenn er das Herz voll hat und es seiner Mutter ausschütten will."

Dagmar sah zu ihr auf. Ihr blasses Gesicht rötete sich.

„Hier hat er Ihnen wohl auch von mir gesprochen, liebe, verehrte Frau Jansen? Ich weiß es von ihm selbst, daß er das getan hat."

Die alte Dame beugte sich zu ihr herab.

„Kindchen — verzeihen Sie, daß ich Sie so nenne, aber es kam mir so über die Lippen, aus dem Herzen heraus, denn ich bin Ihnen gut: Wollen Sie mir sagen, was Sie zu mir geführt hat?"

Dagmar faßte die harte, feste Hand und legte ihre Wange darauf.

„Ja, ich will Ihnen alles sagen. Aber, ehe ich von Schönau fortfuhr, hat Ihr Sohn mich gebeten, seine Frau zu werden. Nun bin ich zu Ihnen gekommen, um Sie zu fragen, ob ich es tun soll."

Mit einem guten, lieben Blick sah die alte Dame zu ihr herab.

„Kindchen, eigentlich soll man eine solche Frage ganz allein entscheiden. Aber mein Sohn hat mir soviel von Ihnen erzählt, daß ich glaube, daß Ihr Fall doch wohl ein besonderer ist."

Dagmar nickte.

„Ja, es ist ein besonderer Fall. Wollen Sie mich anhören?"

„Von Herzen gern. Sprechen Sie ruhig und ohne Zagen. Wie eine Mutter will ich Ihnen zuhören."

(Fortsetzung folgt.)

** **Bochum**, 9. Febr. **(Einbrecher festgenommen.)** Der Polizei ist es gelungen, eine gefährliche Einbrecherbande, die hier und in der Umgegend eine große Anzahl Einbrüche verübt hat, festzunehmen. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein gewisser Michael Tyrachowski, der vor einiger Zeit aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis ausgebrochen ist. Bei einer Hehlerin in Herne wurde ein großes Warenlager gestohlener Sachen beschlagnahmt.

(bu) **Bocholt**, 9. Febr. **(52 Personen wegen Pferdeschmuggels verhaftet.)** In den letzten Tagen sind hier und in der Umgegend nicht weniger als 52 Personen unter dem Verdacht des Pferdeschmuggels in Haft genommen worden.

(bu) **Essen**, 7. Febr. **(Festnahme schwerer Jungen.)** Durch Essener und Gelsenkirchener Kriminalbeamten wurde vor einigen Nächten in Essen eine Streife nach Einbrechern unternommen. Als die Beamten gegen 1 Uhr nachts an ein bekanntes Quartier in der Selmastraße kamen, in dem sich allerlei Gesindel zusammenfindet, wurde ihnen zunächst der Einlaß verwehrt. Es würden jedoch etwa 40 Personen aus allen Berufsklassen, die dem Glücksspiel huldigten, in mehreren Zimmern, im Keller und sogar im Eisschrank versteckt gefunden. Zum Teil wurden sie nach Feststellung der Personalien nach dem Polizeipräsidium gebracht. Im weiteren Verlauf der Streife wurden zwei schwere Jungen festgenommen, die bei dem Einbruch in dem Geschäftshause der Firma Blankenstein u. Co. in Gelsenkirchen im Dezember v. Js., bei dem für 300 000 Mark Seide gestohlen worden war, beteiligt gewesen sind.

** **Elberfeld**, 9. Febr. **Die Schneider und Schneiderinnen** der Konfektionsbetriebe in Elberfeld sind in den Generalstreik eingetreten. Die Arbeitsstellen mußten sofort geräumt werden, keine Maschine durfte laufen. Die Konfektionsbetriebe in Elberfeld sind sehr ausgedehnte Unternehmen, so daß viele Menschen von dem Streik betroffen werden.

** **Koblenz**, 9. Febr. **(Zum Tode verurteilt.)** Das Schwurgericht verurteilte den türkischen Händler Ali Misten aus Konstantinopel, der im April v. Js. bei Bingerbrück im Walde den Förster Dammel ermordet hatte, zum Tode und wegen versuchten schweren Raubes in einem anderen Falle zu 3 Jahren Zuchthaus.

Die Wahlen.

Bekanntlich ist für die am 20. Februar ds. Js. stattfindenden Wahlen zum Preußischen Landtag, Provinziallandtag und zum Kreistag die Verwendung eines sogenannten Einheitsstimmzettels zugelassen. Wird ein solcher verwandt, so ist, wenn nicht zahlreiche Stimmen infolge Ungültigkeit von Stimmzetteln verloren gehen sollen, von jedem Wähler folgendes zu beachten:

Ein Stimmzettel nach folgendem Muster (als Beispiel)

Landtag.	Provinz.	Kreis.
Sozialdemokratische Partei.		

kann unverändert für jede der drei am 20. Februar ds. Js. stattfindenden preußischen Wahlen zum Landtag, zum Provinziallandtag und zum Kreistag verwendet werden. Wird ein solcher Stimmzettel in dem Wahlzettelumschlag mit dem Aufdruck „Landtagswahl" abgegeben, so wird damit eine gültige Stimme für den Landtagswahlvorschlag der sozialdemokratischen Partei abgegeben; wird ein solcher Stimmzettel in dem Wahlzettelumschlag mit dem Aufdruck „Provinziallandtags- und Kreistagswahl" abgegeben, so wird damit gleichzeitig sowohl für die Provinziallandtagswahl wie für die Kreistagswahl eine gültige sozialdemokratische Stimme abgegeben; der eine Stimmzettel gilt mithin in diesem Falle als gültige sozialdemokratische Stimme sowohl für die Provinziallandtags- wie für die Kreistagswahl. Werden mehrere solche gleichlautende Stimmzettel in dem Wahlzettelumschlag mit dem Aufdruck „Landtagswahl" abgegeben, so werden sie gleichwohl als nur eine Stimme für den sozialdemokratischen Landtagswahlvorschlag gezählt. Dasselbe gilt, wenn mehrere solche gleichlautende Stimmzettel in dem Wahlzettelumschlag mit dem Aufdruck „Provinziallandtags- und Kreistagswahl" abgegeben werden. Auch in diesem Falle werden sie nur als eine Stimme für den sozialdemokratischen Wahlvorschlag gezählt, diesmal aber als Stimme sowohl für die Provinziallandtags- wie für die Kreistagswahl.

Wird auf dem oben abgebildeten Stimmzettel das Wort „Landtag" gestrichen und dieser Stimmzettel in dem Wahlzettelumschlag „Landtagswahl" abgegeben, so ist der Stimmzettel ungültig, die Stimme gilt für die sozialdemokratische Partei verloren; wird dieser Stimmzettel mit der Streichung des Wortes „Landtag" aber in dem Wahlzettelumschlag mit dem Aufdruck „Provinziallandtags- und Kreistagswahl" abgegeben, so ist er gültig, die Stimme wird also sowohl für den sozialdemokratischen Provinziallandtags-, wie für den sozialdemokratischen Kreistagswahlvorschlag gezählt. Werden auf dem oben abgebildeten Stimmzettel die Worte „Provinz" oder „Kreis" oder diese beiden Worte gestrichen und dieser Stimmzettel in dem Wahlzettelumschlag mit dem Aufdruck „Landtagswahl" abgegeben, so wird auch diesmal für den sozialdemokratischen Landtagswahlvorschlag eine gültige Stimme abgegeben; wird dieser Stimmzettel aber in dem Umschlag mit dem Aufdruck „Provinziallandtags- und Kreistagswahl" abgegeben, so ist er je nach der Streichung für die Provinziallandtags- oder die Kreistagswahl oder für beide Wahlen ungültig, weil und insoweit die Aufschrift auf dem Stimmzettel mit dem Aufdruck auf dem Wahlzettelumschlag in Widerspruch steht.

Sieht der Stimmzettel folgendermaßen aus:

Landtag:	Provinz:	Kreis: Liste v. Müller.
Sozialdemokratische Partei.	Deutschnationale Volkspartei.	

so kann er ebenfalls unverändert für jede der drei preußischen Wahlen verwendet werden. Er gilt, in einem Wahlzettelumschlag mit dem Aufdruck „Landtagswahl" abgegeben, als gültige Stimme für den sozialdemokratischen Landtagswahlvorschlag, in einem Wahlzettelumschlag mit dem Aufdruck „Provinziallandtags- und Kreistagswahl" abgegeben, als gültige Stimme sowohl für den sozialdemokratischen Provinziallandtags- wie für den sozialdemokratischen Kreistagswahlvorschlag.

Aus vorstehenden Darlegungen ergibt sich die Möglichkeit, alle vorkommenden Fälle, die hier nicht einzeln auseinandergesetzt werden können, zutreffend zu beurteilen. Der Einheitsstimmzettel kann natürlich auch etwas anders aussehen, indem die für die einzelnen Körperschaften in Betracht kommenden Listen nicht notwendig dasselbe Kennwort zu tragen brauchen.

Ein Stimmzettel, der so aussieht,

Landtag:	Provinz:	Kreis:
Deutschnationale Volkspartei.	Deutschnationale Volkspartei.	Liste v. Müller.

ist auch ein gültiger Einheitsstimmzettel, der, wenn nichts an ihm handschriftlich geändert wird, in allen Umschlägen die gewollte Wirkung ausübt. Von der Wirkung etwaiger Streichungen gilt auch hier sinngemäß das oben Gesagte.

Das Geschäftsinteresse der Amerikaner.

Der frühere Einheitsfischer der Demokratischen Partei im amerikanischen Senat James Hammond Lewes sprach Sonntag vor der Vereinigung der „Farwes travallers" und erklärte dabei, daß die amerikanischen Geschäftsleute der Regierung dabei helfen müßten, daß Deutschland nicht vernichtet werde. Die Zerstörung von Deutschland wäre der Anfang vom Ende der amerikanischen Handelswelt. Die auf der Pariser Konferenz vorgeschlagenen Vereinbarungen für die Entschädigung würden die Zentralmächte verhindern, irgendeine wirtschaftliche Hilfe in den Vereinigten Staaten zu erhalten und würde sie weiter verhindern, Handel mit den Vereinigten Staaten zu treiben. Die Summen und die Zahlungsmethoden seien nur festgestellt worden, um es Deutschland unmöglich zu machen, Hilfe von anderen als von seinen Kriegsgläubigern zu erhalten. Die Vereinigten Staaten dürften dieses Uebel nicht zulassen.

Das, was Lewes hier sagt, entspricht durchaus dem wohlverstandenen amerikanischen Geschäftsinteresse. Ganz ähnliche Informationen erhält übrigens das „Echo de Paris". Danach schienen die Vereinigten Staaten nicht geneigt zu sein, die Taxe von 12 Prozent auf die deutsche Ausfuhr genehmigen zu wollen. Sie hätten allen Grund zu glauben, daß die erste Sorge des Präsidenten Harding nach seinem Regierungsantritt sein wird, in Sonderverhandlungen mit Berlin einzutreten und den Friedenszustand wieder herzustellen. Ueber solche Friedensverhandlungen, die aber von Deutschland ausgehen sollten, wissen amerikanische Blätter bereits etwas vorschnell zu berichten. Danach hätte die deutsche Regierung dem amerikanischen Vertreter in Berlin bekanntgegeben, daß der Vertrag von Versailles eine Anzahl von Irrtümern enthalte und daß es im Interesse beider Staaten liege, zu einem Separatfrieden und zu dauernden Vereinbarungen zu gelangen. Die Meldung ist, wie von der Reichsregierung erklärt wird, erfunden. Bei dem bekannten ablehnenden Standpunkte des Präsidenten Wilson ist es für Deutschland ganz unmöglich, irgendwelche Schritte zur endlichen Herbeiführung des Friedenszustandes mit den Vereinigten Staaten zu unternehmen, solange Wilson die Präsidentschaft bekleidet. Was übrigens die offizielle Stellung Amerikas zu den Pariser Beschlüssen angeht, so meldet der Schweizer Presse-Telegraph aus Washington, Amerika habe um eine erweiterte Information über die Pariser Beschlüsse nachgesucht. Es liege aber keinerlei Grund vor, anzunehmen, daß dieser Schritt Amerikas sich gegen die Pariser Beschlüsse richten soll. Ebenso selbstverständlich kann man natürlich auch das Umgekehrte sagen, daß nämlich dieser Schritt nichts für die Annahme der Pariser Beschlüsse beweist. Bei den widerstreitenden Nachrichten aus Amerika wird man gut tun, eine offizielle Information abzuwarten.

Die preußische Volksvertretung für Abweisung der Pariser Beschlüsse.

Der ständige Ausschuß der preußischen Landesversammlung beschloß folgende Erklärung: Die unerhörten Forderungen, die dem deutschen Volke in der Wiedergutmachungsfrage von den Alliierten auferlegt werden sollen, finden entrüsteten Widerspruch aller Volkskreise. Die preußische Volksvertretung schließt sich dem in vollem Maße an. Was mit den Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes vereinbar ist, muß den übernommenen Verpflichtungen entsprechend für die Wiederherstellung der durch den Krieg verwüsteten Gebiete geleistet werden. Darüber hinaus aber kann keinem Volke zugemutet werden, sich freiwillig in die Sklaverei zu begeben. Diese Erniedrigung weist das deutsche Volk von sich, zumal damit seine Kinder und Kindeskinder zu einem Sklavendienst verurteilt würden. Die preußische Volksvertretung erwartet von der Reichsregierung, daß sie den ablehnenden Standpunkt unerschütterlich beibehält und fordert in dieser ernsten Stunde, wo es sich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handelt, alle Volkskreise auf, in der Ablehnung dieser unmöglichen Forderungen der Entente geschlossen zusammenzustehen. — Die Annahme dieser Entschließung geschah mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien. Die sozialdemokratische Partei, die Unabhängigen und die Kommunisten gaben gesonderte Entschließungen ab.

Walter Rathenau zu der Pariser Reparationsfrage.

Walter Rathenau schreibt im Berl. Tageblatt u. a.: Was wir an Kriegsentschädigung leisten müssen, muß erarbeitet werden. Alles, was wir zahlen, sind Güter, Güter sind Arbeit. Die Arbeitsleistung eines Volkes ist begrenzt. Sie wird bei gegebener Kraft gemessen in Zeit. Diese Zeit nennt man Arbeitsstunde. 15 Millionen landwirtschaftlicher und industrieller Arbeiter sind uns geblieben. Das Jahr hat 300 Arbeitstage, der Arbeitstag hat nach internationaler Vereinbarung 8 Arbeitsstunden. Das ergibt für 15 Millionen Arbeitende insgesamt 36 Milliarden Arbeitsstunden. Nach dem heutigen Stande der Technik kann man mit einer reinen Wertschätzung von einer halben Goldmark in einer Arbeitsstunde rechnen. Das bedeutet eine Gesamtwerterzeugung des Landes von 18 Milliarden. Vor dem Kriege verbrauchte das deutsche Volk für seine Lebensführung jährlich an Werten etwa 24 Milliarden. Von den 18 Milliarden Werten, die wir heute erzeugen, müssen wir 6 Milliarden abgeben zur Bezahlung lebenswichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe. Es bleiben somit für uns 12 Milliarden, die sich aber durch Zahlung der Kriegsentschädigung allmählich bis 6 Milliarden verringern werden. Es wird also von uns verlangt, entweder, daß wir unseren Verbrauch auf den vierten Teil des Friedensbedarfes beschränken oder daß wir unsere Arbeitszeit, ohne Verbrauchserhöhung, um 6 Stunden auf 14 Stunden täglich erhöhen. Weiß die Arbeiterschaft der Ententestaaten, was ihre Staatsmänner von der deutschen Arbeiterschaft fordern? Weiß es Amerika, wissen es die Neutralen, daß man von Deutschland die Fronarbeit eines 14stündigen Arbeitstages verlangt. Weiß man, welch weltwirtschaftliche Wirkung diese 14stündige Gefängnisarbeit eines 60 Millionenvolkes eineinhalb Menschenalter hindurch hervorruft?

„Es geht vorwärts in Oberschlesien".

Einer Einladung des Schlesischen Ausschusses folgend, hatten sich Sonnabend abend der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Presse, der zur Zeit in Breslau tagte, sowie der Vorstand des Verbandes der schlesischen Presse, die Breslauer und Schlesischen Zeitungsverleger-Organisationen und eine Anzahl besonders geladener Gäste im „Savoy-Hotel" in Breslau zusammengefunden. Außer den aus allen Teilen des Reiches erschienenen hervorragenden Vertretern des Reichsverbandes und Vertretern der Behörden waren eine Anzahl führender Persönlichkeiten der im Dienste der Vorbereitung für die Abstimmung stehenden Organisationen, sowie die Reichstagsabgeordneten Dr. Herschel und Okonsky anwesend. Im Laufe des Abends hielt Landrat Dr. Lukaschek eine Ansprache, in der er ausführte, welche hohe Aufgabe die Presse als Trägerin und Vermittlerin der Stimmung, die aus dem Reiche nach Oberschlesien fluten müsse, zu erfüllen habe, um den deutschen Brüdern in Oberschlesien den Abstimmungssieg zu erleichtern. Als Leiter des Oberschlesischen Ausschusses, des Trägers der deutschen Propaganda für und in Oberschlesien, konnte der Redner die Versicherung abgeben, daß es um die deutsche Sache gut stehe. „Nehmen Sie, meine Herren", so führte Dr. Lukaschek zum Schluß aus, „die Ueberzeugung mit: Es geht vorwärts in Oberschlesien, und wir werden es schaffen trotz 226 Milliarden Goldmark, trotz Terrors, trotz der Bestechung, trotz aller Dinge, die uns zusammen mit dem Abstimmungsreglement den Weg zum Siege zu verstellen drohen. Ich entbiete Ihnen Gruß und Dank aus Oberschlesien und bitte Sie, allen Parteihader zu unterlassen, insbesondere jetzt während der Landtagswahlen alles Trennende zurückzustellen, das deutsche Volk im Reich immer wieder auf das große Ziel hinzuweisen, daß jetzt jede Kraft des Deutschtums helfen muß, um den Oberschlesiern den Gang zur Urne siegreich zu gestalten."

Eine Million Mark zur Bekämpfung einer polnischen Mörderbande.

Das deutsche Plebiszitkommissariat in Oberschlesien setzt 1 Million Mark aus gegen die gefürchtete polnische Kampforganisation, die „Bojowska Polska", die im Abstimmungsgebiet terroristische Aufgaben hat. Das deutsche Plebiszitkommissariat verbindet dies mit sehr interessanten Enthüllungen über diese Organisation, in denen es laut „D. A. Z." u. a. heißt: Diese mit polnischen Abstimmungsgeldern unterhaltene Mordbande besteht aus 20 bis 30 Abteilungen. Jede Abteilung besteht wiederum aus 5—7 Mann. Alle Abteilungen unterstehen dem Befehle des Kapitäns Grzebniak in Mikowice bei Sosnowice und erhalten von diesem die Soldgelder. Zwei Abteilungen liegen in der Traugott-Kaserne in Sosnowice, eine befindet sich in Praszka, die anderen treiben sich in Oberschlesien mit wechselndem Standort herum. Die „Bojowska Polska" hat folgende Aufgaben:

1. Oberschlesier, die sich unbequem gemacht haben, zu ermorden. Ihre Opfer findet die „Bojowska Polska" sowohl unter den deutsch sprechenden wie auch unter den polnisch sprechenden Oberschlesiern.
2. Wichtige Urkunden zu rauben oder zu vernichten.
3. Versammlungen deutsch gesinnter Oberschlesier zu sprengen.
4. Die Bevölkerung durch Handgranaten- und Dynamitattentate in Schrecken zu versetzen, damit man glaube, daß niemand gegen die Macht der Polen aufkommen könne.

Das deutsche Plebiszitkommissariat setzt zur Belohnung dieser Bande eine Stiftung von einer Million deutsche Reichsmark aus, deren Gesamtbetrag auf folgende Weise verteilt werden soll: 1. zwecks Belohnung für kluges und entschlossenes Handeln gegenüber Anschlägen der „Bojowska Polska", 2. zwecks Belohnung für die Aufdeckung verübter oder geplanter Schandtaten dieses Gesindels.

Weitere Nachrichten.

— **(Der tanzlustige bayrische Hochadel.)** Die Münchener Polizei hob in einem erstklassigen Hotel eine Tanzunterhaltung auf, an der sich, trotz des wegen der Ententebedrückungen erlassenen Lustbarkeitsverbotes, zahlreiche Mitglieder des Hochadels beteiligten. Etwa 146 Personen mußten in Begleitung von Polizeimannschaften zur Polizeidirektion kommen, wo 40 Beamte ihre Personalien feststellten. Der Saal wurde geschlossen.

— **Immer größere Unsicherheit im Lande.** Blättermeldungen zufolge wurde das Dorf Rajoch bei Aken an der Elbe von 15 Banditen überfallen. Einige der Räuber konnten verhaftet werden. — In der Gegend von Meißen und Lommatzsch werden seit kurzer Zeit von unbekannten Verbrechern fortgesetzt Bauerngüter angezündet, wie man vermutet, aus Haß gegen die Landwirte, denen man an der Teuerung der Lebensmittel die Schuld gibt. So sind in 6 nahe beieinander liegenden Dörfern mehrere große Güter ganz oder zum Teil niedergebrannt, wobei viele Vorräte vernichtet wurden. Die Staatsanwaltschaft hat 5000 Mark Belohnung für die Ermittelung der Täter ausgesetzt.

— **Raubmord.** Am Sonntag vormittag wurde während des Gottesdienstes in Thannet bei Tristern die 54 Jahre alte Gütlersfrau Eder ermordet und beraubt. Die Frau wurde erstochen aufgefunden. Der Täter erbeutete 15 000 Mark Papiergeld, 350 Mark in Gold und 40 Mark in Silber.

— **Verhafteter Raubmörder.** In München wurde im Englischen Garten der Chauffeur Gerauer von einem Polizeibeamten dabei überrascht, wie er etwas eingraben wollte. Es stellte sich heraus, daß Gerauer der Raubmörder der Frau des Kleinbauern Eden aus Thannöd ist, die am Sonntag vormittag beraubt und ermordet worden war. Gerauer wollte seine Beute vergraben.

— **Schiffszusammenstoß.** Aus Kuxhaven wird gemeldet, daß der deutsche Dampfer „Vital", der Reederei Paulsen & Ivers angehörend, mit einem unbekannten norwegischen Dampfer kollidierte. „Vital" ist innerhalb 10 Minuten gesunken, der Norweger schwer beschädigt. Die Mannschaft wurde gerettet.

Revolutionierung der Eisenbahnerverbände abgelehnt.

(TU) **Hamburg** 9. Febr. In der Hauptversammlung der Vertreter und Vertrauensleute des deutschen Eisenbahnerverbandes stellten die im Verbande organisierten Anhänger Moskaus bekanntlich die Forderung auf Revolutionierung der Gewerkschaften. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Angriffe der Kommunisten vom Vorstande energisch zurückgewiesen wurden. Die Abstimmung ergab Ablehnung der Anträge der Kommunisten mit überwältigender Mehrheit. Mit großer Mehrheit wurde auch ein von ihnen beantragtes Mißtrauensvotum gegen den Hauptvorstand abgelehnt.

Kleine Nachrichten.

Der neugewählte Landtag soll, wie von amtlicher Seite bekanntgegeben wird, schon zum 10. März einberufen werden, so daß noch vor der Karwoche der Landtag konstituiert, der Ministerpräsident ernannt und das Kabinett gebildet ist.

In Berlin wurden die Wahlen für die Landwirtschaftskammer, die ursprünglich auf den 20. 2 angesetzt waren, auf den 20. 3. verschoben.

Der Oberpräsident hat die Wahl des zum Berliner Oberstadtschulrats gewählten Hamburger Lehrers Paulsen bestätigt. Die Bestätigung erfolgte auf Grund eines von der Hamburger Schulbehörde über Paulsen abgegebenen Gutachtens.

Von Regierungsseite wird mitgeteilt, daß der Verwalter des deutschen Vermögens in Dar-es-Salaam demnächst deutsche Grundstücke versteigern wird.

Wie aus Halle gemeldet wird, erkannte das Finanzamt in Salzwedel gegen den Kaufmann Adolf Müller wegen falscher Steuerangabe auf eine Strafe von 228000 Mark, sowie auf Einziehung des verschwiegenen Vermögensteils.

Unter dem Verdacht, große Branntweinschiebungen begangen zu haben, wurde vor mehreren Wochen der Branntweinagent Martin Cohen von der Berliner Staatsanwaltschaft verhaftet. Cohen ist jetzt wegen angeblicher Haftunfähigkeit gegen Stellung einer Kaution von 750 000 Mark aus der Haft entlassen worden und hat sich sofort in ein Sanatorium begeben.

Redaktions-Briefkasten.

D. N. 12 in Kamen. 1. Sie können dem Mieter nicht verbieten, daß er Kinder einer bekannten Familie in seiner Wohnung empfängt. Selbstverständlich können Sie verlangen, daß sich die Kinder ruhig verhalten und nicht durch Lärmen und Türenschlagen die Ruhe des Hauses stören. 2. Die Wäsche darf nicht so naß aufgehängt werden, daß die Dielen durchfeuchtet werden. 3. Wischt der Mieter den Fußboden so naß auf, daß das Wasser durch die Decke dringt, so lassen Sie die Decke auf seine Kosten erneuern. Er wird sich dann hüten, nochmals das Zimmer unter Wasser zu setzen. 4. Wie oft der Mieter den Flur reinigen muß, darüber entscheidet der Mietsvertrag. Ist keine dahingehende Bestimmung getroffen, so wird die Reinigung einen Tag um den andern als genügend anzusehen sein.

W. F. 11 in Kamen. Die Amerikaner legen auf Einwanderung von Deutschen keinen Wert. Jedenfalls hat Nordamerika den Zuzug durch scharfe Bestimmungen sehr erschwert. Aber auch in Südamerika sind die Arbeitsverhältnisse für viele Berufsarten nichts weniger als günstig. Die Ueberfahrt kostet im Zwischendeck 6000 Mark. Wollen Sie näheres wissen, so wenden Sie sich an das Reichswanderungsamt, Zweigstelle Bielefeld, Jastrowstraße.

D. in Bergkamen. Die Kosten würden sich auf 500—600 Mark belaufen. Klagen Sie auf Armenrecht. Die Gemeinde stellt Ihnen zu diesem Zwecke ein Armutszeugnis aus und mit diesem gehen Sie zum Amtsgericht und beantragen dort Armenrecht. Da Ihre Frau von Ihnen gegangen ist und mit einem andern Manne ein Verhältnis angeknüpft hat, besteht kein Unterhaltsanspruch. Sie soll arbeiten oder sich von ihrem Liebhaber unterhalten lassen.

Mitteilungsblatt der Schlichtungsausschüsse des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks. Herausgegeben vom staatlichen Schlichtungsausschuß Düsseldorf-Stadt und -Land, Verlag von Carl Foerster, Düsseldorf, Blumenstraße 19. Seit 1. Januar erscheint regelmäßig an jedem Monatsersten das „Mitteilungsblatt der Schlichtungsausschüsse des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks". Das Mitteilungsblatt enthält außer von juristischer Hand geschriebene für die gesamte Industrie wichtige Artikel, Schiedssprüche und Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse. Es bildet daher zweifelsfrei ein äußerst wichtiges Nachschlagewerk für alle das Schlichtungswesen berührende Fragen und dürfte deshalb unentbehrlich sein für alle Arbeitgeber, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Betriebsräte, Gewerkschaften usw. Der Jahresbezugspreis ist auf 40 Mark festgesetzt. Bestellungen sind an den Verlag Carl Foerster, Düsseldorf, Blumenstraße 19, zu richten.

Wiederverkäufer

kaufen

Zigarren

Bünder
Hamburger
Bremer

Fabrikate

aus nur rein Uebersee-Tabaken hergestellt, bei größter Auswahl in jeder Preislage am billigsten nur bei

Hans Dolle,

Tabakfabrikate - Grosshandlung,

Fernr. 2 **Kamen** Markt 16.

Größte Spezialgroßhandlung in Tabakwaren. 432

Hygienische Artikel

Frauenduschen, Gummiwaren

liefern in anerkannt erstklassiger Qualität auf Grund langjähriger fachmännischer Erfahrung zu billigsten Preisen 629

Bendin & Co., Dortmund I.,

Schließfach 470.

Preisliste gratis und franko.

Ich beehre mich hiermit anzuzeigen, daß ich ab 10. Februar 1921 in

Husen

„Gasthof zum Deutschen Kaiser"
Wilhelmstr. 73-75

bei Herrn E. Henkel eine Filiale meiner Zahnpraxis in Dortmund eröffnen werde. Halte vorläufig jeden

Dienstag u. Freitag von 1/2 3-6 1/2 Uhr Sprechstunden für Zahnkranke ab.

Zahnpraxis
Ernst Luchésig,
DORTMUND, Brückstr. 53,
636 neben Hotel Lindenhof, Tel. 3073.

Industrie-Saatkartoffeln

wieder eingetroffen, ebenso sind

Speisekartoffeln

wieder vorrätig bei

Engelbert Goselwitz
(Friedr. Mork Nachf.)

Telephon 149. Oststraße 27. 678

Auf nach Overberge!

Sonntag, d. 13. Feb. 1921, veranstaltet der Sport- und Junggesellenklub „Frohsinn", Bergkamen-Overberge, im Lokale des Wirts Schmülling, ein

Fastnachts-Kränzchen

Flotte Streichmusik. Glatter Saal.

Anfang 5 Uhr.

Genußreiche Stunden versprechend ladet ein

Der Vorstand.

Maskierte haben keinen Zutritt. 662

Deutschdemokratische Partei

Mitgliederversammlung

am **Freitag, den 11. Februar, abends 8 Uhr,** bei O. **Biermann, Vortrag** unseres Spitzenkandidaten **Herrn Bürgermeister Dr. Wiesner** über:

Die Aufgaben des Kreistages, insbesondere Siedlungswesen, Wohlfahrtspflege. 664

In Anbetracht der bevorstehenden Wahlen und wegen der Wichtigkeit der zu behandelnden Fragen ist zahlreicher Besuch dringend erwünscht. Parteifreunde sind herzlich willkommen. **Der Vorstand.**



Erhalte heute und Samstag einen großen Transport große und kleine

Oldenburger

Schweine

Verkaufe dieselben zu den billigsten Tagespreisen. i663

Heinr. Vonhoff jr.,

Hammerstraße 194.

Restaurant zum Stadtpark.

Wir suchen

tüchtigen Berufs-Vertreter

für unsere Unfall-Haftpflicht- und Sachversicherungszweige.

Hohe Provisionen!
Inkasso wird mitvergeben!

Angebote unter **673** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Weisswein

direkt vom Fass
und literweise über die Strasse
empfiehlt

H. Timmering. 668

Umgepresst

wird jeder

Herren-Hut

für nur **17.50 Mk.** in eigener Werkstatt.

Gebr. Keil, Kamen,

Bahnhofstrasse 445.77

Gemäß § 23 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird hierdurch bekanntgegeben, daß die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft bei der unterzeichneten Behörde die Genehmigung zur Einleitung der Kanalisationswässer der projektierten 29 Arbeiterhäuser auf dem Hindenburgplatz in die Seseke nachgesucht hat und von Polizei wegen keine Bedenken gegen die beabsichtigte Einleitung erhoben werden. 666

Kamen, den 8. Februar 1921.

Die Wasserpolizeibehörde:
gez. Dr. Wiesner.

Lehrling

gesucht, mit guter Schulbildung und schöner Handschrift. 653

Brüning,

Rechtsanwalt und Notar.

In letzter Zeit bin ich am Orte und noch etwas darübee hinaus der Gegenstand heimlicher wie unheimlicher Besprechung gewesen. Wollte ich denen, die mir eine solche Aufmerksamkeit zu teil werden lassen, eine besondere Beachtung schenken, so könnte ich zufrieden sein; so aber sei denselben nur gesagt, daß sie bis jetzt daneben geraten haben. Vor der Hand sei ihnen für die Aufmerksamkeit gedankt. Des Weiteren werde ich auf das Gerede nur noch eingehen, wenn sich irgend ein Frauenverein in derselben Richtung mit mir am Kaffeetisch beschäftigt.

Bergkamen, den 9. Februar 1921.

Franz Pohl. 686

Reparaturbedürftige **Flügel, Pianinos und Harmoniums** jeden Alters werden in unseren Werkstätten innerlich und äußerlich wieder so hergestellt, daß sie jahrzehntelg. d. höchsten Ansprüchen ihres Besitzers genüg.

Carl Ebel & Sohn,
Unna, Pianofortefabrik mit elektr. Antrieb.
Für unsere Arbeiten leisten wir volle Gewähr. 6

Gut erhaltenes **Klavier** zu verkaufen. 667
Näheres in der Geschst.

Ein Fuder **Dünger** zu kaufen gesucht.
Angebote unter **680** erbeten an d. Geschst.

Feld- und Gartensämereien 651
sowie Rotklee, Weißklee, Grassamen und Runkelsamen empfiehlt
Wilh. Nielinger
Oberaden.

Sie erhalten bei mir auf **Teilzahlung**

Herren-Anzüge
Burschen-Anzüge
Paletots, Schlüpfer
Coverkoats
Kleiderstoffe zu
Konfirmations- u. Kommunion-Kleidern 672
sowie alle Manufakturwaren.
Bequeme **Abzahlungen.**
Max Mischkowski
Dortmund, Steinstrasse 60.

Halbe Minute vom Nordausgang des Hauptbahnhofs.



Heute Donnerstag und Freitag sind große und kleine 669
Schweine
zu haben. Daselbst 3 große kräftige, gedeckte Schweizer

Ziegen
preiswert zu verkaufen.
Karl Dröge,
Kampstraße Nr. 12.

Alte **Geige**
zu verkaufen. p642
Lehrer Böhm,
Südkamen.

Tüchtiges, sauberes **Hausmädchen**
gegen hohen Lohn gesucht.
Selig, Königsborn,
670 Luisenstr. 22.

Zum 1. März ein 18jähriges 671
Mädchen
nach Hilden gesucht.
Näheres bei
Frau Stadtbaumeister Kemna,
Dortmunderstraße 90.

Suche zum 1. März ein ordentliches 675
Mädchen
Gute Behandlung wird zugesichert.
Wo, sagt die Geschst.

Billige frische grüne Heringe
eingetroffen u. empfiehlt
Engelbert Goselwitz
(Fr. Mork Nachfl.)
Oststr. 27. Tel. 149.

Phrenologin
Handlesekunst!
Bis Freitag abend letzte Sprechstunde beim Wirt Rieder, Markt. 676
Frau Henkenjohann.

Tanzschule
Kamen. 861
Ein neuer Kursus beginnt am Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr im Saale des Herrn L. Rieder am Markt.
H. Ludmann,
W. Maiwald.

Kohlen-Fuhren
usw. übernimmt
Berthold Seide,
Hammerstraße 137.
Scheine können auch bei Herrn Kaspar Grevel abgegeben werden. 660

Krankheitshalber für sofort oder später in Hausarbeit erfahrenes 665
Mädchen
nicht unter 17 Jahren nach Dortmund gesucht.
Näheres
Frau Studienr. Tschiersch,
Bahnhofstraße 24a.

Elektromonteur sucht für die Zeit der hier auszuführenden elktr. Arbeiten ein möbliertes 650
Zimmer
mit voller Pension.
Angebote unt. **Nr. 650** an die Geschst. dies. Ztg.

Hund
zugelaufen. Gegen Erstattung der Unkosten abzuholen. p684
Bergkamen,
Hindenburgstraße 251.

Bergmann, kath., im Alter von 47 Jahren, sucht die
Bekanntschaft
einer älteren Dame oder Witwe mit 1 Kinde nicht unter 43 Jahren.
Näheres in der Geschäftsstelle. 679

Rettet die Kinder!

„Das Martyrium der kleinen Deutschen."

Gegen den Waffenmord, der noch immer, lange nach Kriegsende, mitten im Frieden gegen alle Gesetze elementarster Menschlichkeit von einem Teile der ehemaligen Feindstaaten an unschuldigen Kindern und Säuglingen fortgesetzt wird, gilt es feierlich Protest einzulegen.

Das Gewissen der Westmächte und ihrer Regierungen vor allem gilt es aufzurütteln: Als unparteiischen Bundesgenossen haben wir hierbei einen namhaften französischen Politiker und Belletristen, — den Publizisten Paul Reboux des Pariser Blattes „Humanite", der deutsches Kinderelend in Zürich persönlich mit eigenen Augen sah.

Als erster Franzose hat er am 6. Oktober 1920 an sein Volk und die Alliierten einen Protestschrei der Anklage geschleudert, der in seiner eindringlichen Wucht jedes menschlich fühlende Herz erschüttern muß. Sein Hilferuf mit dem Motto „Das Martyrium der kleinen Boches" sei nachstehend im Auszug wiedergegeben:

. . . „Während des Krieges — so ruft Paul Reboux aus — sind die Deutschen mit der Verachtung der ganzen Welt beladen worden, weil sie, wie man sagte, Kinderhände abgehackt hätten. Merkwürdig ist, daß die Opfer, sobald man sie mit eigenen Augen sehen wollte, nicht aufzufinden waren.

. . . Tatsache aber ist: niemals haben die Alliierten, soviel ich weiß, ein einziges photographisches Dokument geliefert, das diese spukhaften kleinen Mädchen beträfe, von denen man so viel geredet hat.

. . . . Was aber tragische Realität ist, das ist das Los der Kinder in den Zentralstaaten. . . Die Hungersnot ist hart in diesem Deutschland, von dem man uns sagt, es sei ohne Unterlaß damit beschäftigt, uns zu beleidigen und zu verhöhnen. Und sie ist noch härter in Oesterreich. Die Kinder sterben, ja — sterben im wörtlichen Sinne vor Hunger.

Das ist der grauenhafte Kollektivmord in allen Städten der Zentralstaaten, an dem sich die Alliierten schuldig machen . . . . Ich weiß nicht, welchen Namen sich die französischen Mütter würden gefallen lassen müssen, die ihr Herz vor Mitleid werden klopfen fühlen bei dem Gedanken an das Martyrium, das man diesen Kindern auferlegt für einen Fehler, den sie nicht begangen haben. Ich weiß nicht, ob es ein feiger Gedanke ist, das Haßgefühl vorauszusehen, in das alle diese Mütter hineingetrieben werden können, die ihre Kinder sterben sehen in ihren Armen . . wenn wir uns diesen Preis zahlen lassen für all das Elend, das der Krieg bei uns verursacht hat. Aber das weiß ich, und das sage ich — hinausschreien möchte ich es, so lebendig ist die Ueberzeugung meines Herzens, — daß die Verfertiger eines Friedensvertrages, der Kinder zum Tode verurteilt, Elende oder große Schuldige sind, daß ein Schrei der Scham mir auf die Lippen kommt, wenn ich denke, daß diese Hungersnot von uns ersonnen, aufrecht erhalten, gewollt ist als Zwangsmittel, daß es des Franzosen unwürdig ist, vor dieser Monstrosität gefühllos zu bleiben, die diesmal bewiesen ist durch tausend und abertausend Fälle, daß endlich unsere Gefühlslosigkeit in dieser Beziehung aus jedem von uns einen Mitschuldigen macht. — . . . . Unser Verbrechen ist schwerer, denn es geschieht im Frieden. Wir hacken die Hände der Kinder nicht ab, aber wir schauen ruhig zu, wie diese kleinen Hände, die sich unschuldig nach dem Leben ausstrecken, welken, und stets auf ihre gemarterten Körper zurücksinken. Nach dem Waffenstillstand blieb uns noch ein Feld, um uns mit unseren Gegnern zu messen, — das der Scheußlichkeiten. Auch auf diesem Felde haben wir sie geschlagen. "—

So urteilt — ein Franzose! Ein gewiß unverdächtiger, unbefangener Kronzeuge. Ganz Deutschland hat er aus der Seele gesprochen.

Von der Angestelltenversicherung.

Während die gesetzlichen Leistungen in der Invalidenversicherung bereits erhöht worden sind, so insbesondere in letzter Zeit durch das Gesetz vom 26. Dezember 1920, durch das die Rentenempfänger weitere Beihilfen erhalten, ist eine Erhöhung der Leistungen in der Angestelltenversicherung noch nicht eingetreten.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erkennt sehr wohl an, daß die durch die außerordentliche Geldentwertung und die gesteigerten Kosten für die Lebenshaltung ausgelösten Bestrebungen der an der Angestelltenversicherung beteiligten Kreise auf Erhöhung auch dieser Leistungen durchaus berechtigt sind und es hat sich daher veranlaßt gesehen, in eine Prüfung darüber einzutreten, in welchem Umfange und in welcher Weise diesem berechtigten Verlangen stattgegeben werden kann, ohne einerseits die versicherten Angestellten und ihre Arbeitgeber mit übermäßigen Beitragsleistungen zu belasten und andererseits die versicherungstechnische Deckung der Leistungen der Angestelltenversicherung zu gefährden.

Das Ergebnis dieser Prüfung ist in dem von dem Direktorium den zuständigen Stellen vorgelegten, übrigens auch den beteiligten Verbänden zugänglich gemachten Entwurf zur Abänderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte enthalten.

Hiernach sind u. a. folgende wesentliche Verbesserungen der Leistungen in der Angestelltenversicherung vorgesehen: 1. Der Bemessung des Ruhegeldes und der Hinterbliebenenrenten soll ein für alle Gehaltsklassen gleicher Grundbetrag zu Grunde gelegt und diesem Betrage für jeden entrichteten Monatsbeitrag ein nach der Höhe der Beiträge verschieden hoher Steigerungssatz hinzugerechnet werden.

Für das Ruhegeld sieht der Entwurf als Grundbetrag den Betrag von jährlich 360 Mark vor. Entsprechend der Erhöhung der Ruhegeldbezüge erhöhen sich auch die Witwen- und Waisenrenten. 2. Für die Waisenbezüge sieht der Entwurf neben der sich aus den neuen Sätzen für die Ruhegelder ergebenden Aufbesserung eine weitere bedeutende Erhöhung insofern vor, als künftig als Halbwaisenrenten anstatt eines Fünftels der Witwenrente zwei Fünftel und als Doppelwaisenrenten anstatt eines Drittels zwei Drittel der Witwenrente gewährt werden sollen. 3. Ferner ist eine erhebliche Erhöhung der für Heilverfahrenszwecke benötigten Mittel vorgesehen. 4. Eine weitere Verbesserung schlägt der Entwurf für weibliche Versicherte vor.

Nach den geltenden Bestimmungen wird weiblichen Versicherten beim Eintritt der Berufsunfähigkeit nach Ablauf von 60 Beitragsmonaten und vor Vollendung von 120 Beitragsmonaten ein Ruhegeld gewährt, dessen Höhe nach den ersten 60 Beitragsmonaten berechnet wird. Auch für dieses Ruhegeld soll ein Grundbetrag von 360 Mark zu Grunde gelegt werden. Außerdem sollen die Steigerungssätze nicht nur der ersten 60 Beitragsmonate, sondern sämtlicher Beiträge in Ansatz kommen, die bis zum Eintritt der Berufsunfähigkeit entrichtet worden sind. Durch diese Regelung wird gleichzeitig einer von den Angestelltenverbänden aufgestellten Forderung entsprochen, und es erfahren die den weiblichen Versicherten zugewendeten Sonderleistungen eine erhebliche Erweiterung und Erhöhung. 5. Vom Inkrafttreten des Gesetzes ab sollen auch den bereits Bezugsberechtigten die Grundbeträge als Zuschuß zu den für sie festgesetzten Ruhegeldern und Hinterbliebenenbezügen gewährt werden. 6. Der Anspruch auf Erstattung von Beiträgen für den Fall, daß der Versicherungsunfall eintritt, ohne daß ein Anspruch auf Leistungen geltend gemacht werden kann — § 338 des Versicherungsgesetzes für Angestellte — soll auch den Eltern und Großeltern gewährt werden.